Keine eingleisige Demokratisierung!

Autor(en): **Engler, Urs**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **57 (1978)**

Heft 4

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-347533

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Pro und Kontra

Keine eingleisige Demokratisierung!

Zu Tony Tschudi: «Handbuch der Demokratisierung» («Profil» 3/78)

Tony Tschudis Ausführungen zur Demokratisierung berücksichtigen nicht, dass «Demokratie» ein äusserst vielschichtiger Begriff ist und dass je nach dem Bereiche, in dem sie funktionieren soll, andere Komponenten in den Vordergrund treten müssen.

Vilmars Thesen taugen wohl für eine Demokratisierung im engern Lebensbereiche des Arbeitsplatzes, des Wohnquartiers usw. Aber auch hier beginnt die Demokratisierung nicht mit dem Entlarven autoritärer Strukturen, sondern damit, dass man sich selbst um eine tolerante, demokratische Haltung bemüht.

Unterschiedliche Voraussetzungen

Die Voraussetzungen für eine Demokratisierung in diesem Bereiche sind nun aber grundsätzlich verschieden von jenen im grössern Verbande der politischen Körperschaften. Im engern Lebensbereiche kann ein erhebliches Minimum von Interessenintensität vorausgesetzt werden. Dazu kommt, dass die übergeordnete Rechtsordnung den Zusammenhalt und die Koordination garantieren kann. Hier ist denkbar, dass das «in-put»-orientierte demokratische Beteiligungsmodell funktioniert.

Grundsätzlich anders sind die Voraussetzungen für eine Demokratisierung im weitern Kreise der politischen Körperschaften. Es ist riskant, hier einfach die für engere Bereiche konzipierten Modelle mit der Behauptung applizieren zu wollen, das politische Interesse und die Teilnahmebereitschaft würden sich dann schon einstellen. Gehört denn zur erlebbaren Freiheit, die die Demokratie garantieren soll, vielleicht nicht auch in einem gewissen Masse das Recht, sich nicht um alle Probleme kümmern zu müssen? Übersteigt es nicht ohnehin die Kapazität des Bürgers, zu allen Sachfragen kompetent Stellung nehmen zu müssen?

Die Legitimationsfunktion

Man muss wohl unterscheiden zwischen der Legitimations- und der Entscheidungsfunktion der Demokratie. Je grösser die Einheit ist, desto mehr Bedeutung kommt wohl zwangsläufig der Legitimationsfunktion zu: Das Entscheidungsverfahren muss hier vor allem bewirken, dass die zustande gekommenen Entscheidungen allgemein als demokratisch akzeptiert werden können. Hierzu ist ein geordnetes Verfahren, das Gleichheit und allgemeinen Zugang garantiert, erforderlich, nicht aber unbedingt eine maximale Teilnahme der Stimmbürger. Eine klare transparente parlamentarische Demokratie kann die Legitimation u. U. besser garantieren als eine überforderte direkte Demokratie, die sich in Zufallssiege wechselnder Minderheiten auflöst.

Keine falschen Massstäbe!

Hüten wir uns vor einer eingleisigen Demokratisierung! Die Gefahr ist gross, dass die Fahrt in die falsche Richtung führt. Auch die in der Schweiz als Staatsform praktizierte Demokratie kann und muss verbessert werden. Man darf sie aber nicht an verabsolutierten, unpraktikablen Idealvorstellungen messen und damit pauschal disqualifizieren. Dass die Sozialdemokratie nicht in allen politischen Behörden die Mehrheit hat, ist zwar zu bedauern, meines Erachtens aber noch lange kein Beweis dafür, dass unsere Staatsform nicht demokratisch ist! *Urs Engler*

«Alt», «Jung» oder Soziologie?

Zu Georges Bretscher: «Information statt Konfrontation» («Profil» 2/78)

Genosse Bretscher ersucht um kritische Äusserungen zu seinem grundsätzlich richtigen Artikel «Information statt Konfrontation». Man kann seinen in knapper Form vorgelegten Ausführungen in den grossen Zügen und auch im Detail nur zustimmen, und es begrüssen, wenn er zur gegenseitigen Toleranz zwischen den schwankenden Gegensätzen aufruft. Die Problemstellungen ändern sich. Vor allem deshalb, weil sich die Lage der sozialen Schichten geändert hat. Die Schweiz verfügt über das höchste Lebensniveau in der Welt der Industrieländer Europas. Die dreihundertprozentige durchschnittliche Steigerung des Reallohnniveaus wirkt sich aus. In der allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards, im Verschwinden des Lumpenproletariates und in der Sicherung der Lebenshaltung der Alten durch die AHV. Die Lebenshaltung der Bevölkerung ist im Mittel derart gebessert worden, dass nur relativ kleine Gruppen heute noch wirkliche Not leiden. Selbst während der Rezession. Es liegt daher nahe, dass nicht «auf Grund von Vorurteilen Gegner dort zu wittern sind, wo es keine gibt». Zudem hat sich im Laufe der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, wo die Nominallöhne rund dreimal stärker stiegen, als die Teuerung, im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Proporzes und anderer indirekter Folge der direkten Demokratie eine sachliche Annäherung der politischen Parteiprogramme zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien vollzogen. Die bürgerlichen Parteien sahen sich gezwungen, Ideen und Gedankengänge, welche zunächst nur von der Linken vertreten wurden, in ihre Aktionsprogramme aufzunehmen. Und wenn die SPS, wie dies im Falle der Gastarbeiter geschah, der Missstimmung über die Gastarbeiter nicht entspreche, so sind einfach ihre Wähler zu den Parteien der Reaktion, der Nationalen Aktion und der Republikaner abgewandert. Bei den letzten Wahlen sind die gleichen Wähler wieder zur Partei – wenigstens grösstenteils – zurückgekehrt.

Zugleich darf nicht übersehen werden, dass sich seit dem Zweiten Weltkrieg wesentliche Verschiebungen wirtschaftlicher und sozialer Natur vollzogen haben. Schweizerische Arbeiter sind aufgestiegen. Der Dienstlei-